Mainzer Erklärung

69. Treffen von dem Behinderten-Beauftragten von der Bundes-Regierung und den Behinderten-Beauftragten von den Bundes-Ländern

Menschen mit Behinderungen sollen in der Politik mehr mitbestimmen

Die Behinderten-Beauftragten haben sich am 22. Mai und 23. Mai 2025 getroffen.
Diesmal war das Treffen in Mainz.

Das Thema von dem Treffen war:
Menschen mit Behinderungen sollen in der Politik mehr mitbestimmen.

Mitbestimmung ist ein Menschenrecht und steht im Gesetz.

Das Gesetz heißt
UN-Behindertenrechts-Konvention.
UN ist der Zusammenschluss von vielen Ländern in der Welt.
Konvention ist eine Vereinbarung.

Bei diesen Stellen im Gesetz geht es um Mitbestimmung:

- Artikel 29
- Artikel 33, Absatz 3
- Artikel 4, Absatz 3

Aber: Das Gesetz wurde noch **nicht** gut umgesetzt.

Die UN prüft regelmäßig:

Halten sich die einzelnen Länder in der Welt an das Gesetz?
Haben die Länder die Rechte von Menschen mit Behinderungen gut umgesetzt?

Die UN hat Deutschland zuletzt im Jahr 2023 geprüft.
Das Ergebnis ist:

Deutschland hat das Gesetz nicht gut umgesetzt.
Die politische Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen muss besser werden.

Besonders wichtig ist:

- Die **Organisationen** von Menschen mit Behinderungen
  sollen gestärkt werden.
  Eine Organisation ist eine Gruppe
  von Menschen mit ähnlichen Interessen.
  Mit starken Organisationen können Menschen
  in der Politik besser mitbestimmen.
- Es muss weniger Hindernisse geben.
  Zum Beispiel:
  Bei allen Treffen gibt es Rampen für den Rollstuhl.
  Info-Texte sind verständlich.

Mitbestimmung überall

Politische Mitbestimmung ist wichtig für Teilhabe.
Und für die **Demokratie.**

Demokratie heißt: Das Volk hat die Macht.
Alle dürfen mitbestimmen.

Mitbestimmung muss es überall geben:

- Wenn neue Gesetze beschlossen oder geändert werden.
  Wenn Gesetze durchgeführt werden.
  Zum Beispiel bei Leistungen für Menschen mit Behinderungen.
  Oder beim Bau von Gemeinde-Häusern.
- In den Städten und Gemeinden.
  Auf der Landes-Ebene.
  Und auf der Ebene vom Bund.

Menschen mit Behinderungen sind Experten
für Menschen mit Behinderungen.
Sie kennen sich am besten aus.
Darum sollen Menschen mit Behinderungen
bei allen Fragen mitbestimmen.

Ein bekannter Spruch ist:
Nichts über uns ohne uns.

Dafür soll es jetzt Regeln geben.
Und es soll überprüft werden.

In unserem Grund-Gesetz steht:
Benachteiligung ist verboten.

Das heißt: Menschen mit Behinderungen müssen mitbestimmen können.

Organisationen von Menschen mit Behinderungen sind sehr wichtig.
Mitbestimmung darf nicht nur von Behinderten-Beauftragten abhängig sein.

Alle in der Politik müssen sich um Mitbestimmung kümmern:
Minister, Bürgermeister und Rats-Mitglieder.

Die Beiräte und Behinderten-Beauftragten in Städten und Gemeinden sollen

- eigene Rechte haben,
- unabhängig von der Politik sein,
- genügend Geld bekommen.

Teilhabe durch Aktions-Pläne

Ein Aktions-Plan ist ein Arbeits-Plan
für ein bestimmtes Ziel.

Ein Ziel ist zum Beispiel:
Menschen mit Behinderungen sollen besser leben.

Dann steht in dem Plan:

- Was sind die Probleme von Menschen mit Behinderungen?
- Wie kann man die Probleme lösen?
- Wer muss welche Aufgaben erledigen?

Alle Menschen in einem Bundes-Land
sollen sich an den Aktions-Plan halten.

Mit Aktions-Plänen können wir viel erreichen.
Auch in kleineren Bereichen.

Zum Beispiel:

- Städte und Gemeinden
- Kirchen
- Unternehmen

Die Beauftragten fordern:
Wir brauchen Aktions-Pläne.
Aktions-Pläne machen ist Chefsache.
Wir erreichen mit Aktions-Plänen die Ziele
von der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Wie gelingt Mitbestimmung?

- Organisationen von Menschen mit Behinderungen müssen gefördert werden.
- Auf den Veranstaltungen darf es keine Hindernisse geben.
- Der Bedarf von Menschen mit Behinderung wird berücksichtigt.
    - Es gibt Infos darüber, wo Mitbestimmung möglich ist.
    - Alle haben genug Zeit für die Mitbestimmung.
    - Alle dürfen Vorschläge machen.
      Wenn ein Vorschlag **nicht** umgesetzt wird,
      muss der Politiker das erklären.

- Assistenz-Personen müssen bezahlt werden.
- Assistenz-Personen sollen auch in **nicht**-öffentlichen Sitzungen erlaubt sein.
- Die Arbeit in der Selbst-Vertretung ist meistens ehrenamtlich.
  Das Ehrenamt muss gestärkt werden.
  Ehrenamt heißt:
  Man bekommt für seine Arbeit **keinen** Lohn.
  Aber man soll eine Entschädigung bekommen.
  Zum Beispiel Geld für die Zeit, die Fahrt oder das Essen.
  Das ist wichtig.
  Damit Menschen mit Behinderung sich im Ehrenamt einbringen.
- Die Politik muss Geld für Mitbestimmung ausgeben.
- Behinderten-Beauftragte und Beiräte haben Aufgaben und Rechte.
  Wir müssen die Aufgaben und Rechte aufschreiben.
  Wir müssen Regeln verhandeln.
  Das gilt vor allem in Städten und Gemeinden.
    - Alle müssen gut zusammenarbeiten:
    - Forscher, die über Mitbestimmung forschen

- Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen
- Politik und Verwaltung

Mitbestimmung ist für alle wichtig

Einige Menschen brauchen besonders viel Unterstützung.

Zum Beispiel:

- Menschen mit schweren Behinderungen
- Menschen mit mehrfachen Behinderungen
- Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen

Manche von diesen Menschen sind besonders benachteiligt.
Zum Beispiel Menschen in schwierigen Lebens-Situationen.
Oder junge Menschen.

Es gibt schon gute Beispiele für Selbst-Vertretung von jungen Menschen:

- Jumemb
- Vernetzung und Selbststärkung junger Menschen mit Behinderungen

Die Beauftragten empfehlen: Solche Organisationen soll es in ganz Deutschland geben.
Und die Organisationen brauchen Unterstützung.

Die Selbst-Vertretung braucht neue Leute

Bei der Mitbestimmung gibt es noch viele Hindernisse.
Und viele Menschen mit Behinderungen
haben persönliche Herausforderungen.

Menschen mit Behinderungen müssen unterstützt werden.
Damit mehr Menschen in der Selbst-Vertretung mitmachen können.

Die Politik muss Teilhabe weiter fördern

Die Politik muss Regeln für Mitbestimmung entwickeln.
Die Regeln richten sich nach der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Mitbestimmung ist überall wichtig.
Menschen mit Behinderungen
und ihre Organisationen sind
Experten für Teilhabe.
Darum sollen sie sich einbringen.

Die Politik muss die Teilhabe sicherstellen.

Mainz, 23. Mai 2025

Bilder: © **Inga Kramer,** www.ingakramer.de